



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Reformen in Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zumuthungen zu sichern. Zudem sind die bestehenden Grenzen der Schweiz durch Verträge sanctionirt, welche alle Mächte des Wiener Congresses unterzeichnet haben. Durch ein freiwilliges Aufgeben eines einzigen Punktes dieser Grenze verhandelt mit nur einer der Congressmächte, würde die Schweiz der Stellung, welche ihr diese Verträge gewähren, nicht unwesentlich vergeben. Bietet sie zu Gunsten des einen Nachbarn Hand zu einer einseitigen Abänderung der europäischen Tractate, so hat sie keinen festen Standpunkt mehr gegen analoge Zumuthungen von andern Seiten. In den gepflogenen Verhandlungen gab denn auch der Bundesrath bereits zu erkennen, daß ein etwaiger Vergleich mit Frankreich jedenfalls der Sanction aller Mächte unterstellt werden müßte.

Die Reformen in Oestreich.

Aus Tirol. 12. Januar. Oestreich ist in einer eigenthümlichen Lage. Die Zeit fordert von den Lenkern seiner Geschichte eine Reform von Grund aus, Annahme eines völlig neuen Systems. Von oben herab aber kann man sich nur zu Gesetzbesserungen im Einzelnen entschließen, die, wie liberal sie aussehen, wie willkommen sie im Einzelnen sein mögen, im Großen und Ganzen nichts ändern, und für die man darum der Hand, die sie spendet, wenig Dank weiß. Es scheint, daß man eben nicht anders kann. Mag die allgemeine Zeitung in Augsburg, so oft und eindringlich als sie kann, den Herren in Wien zurufen, daß nur die großen Reformen, welche die Zeit mit brennender Ungeduld verlangt, die vollständige Freiheit der Lehre, des Glaubens und Unterrichts wie der Presse, die entschiedene Parität aller christlichen Kirchen, die Beseitigung aller Sonderconcessionen für einzelne Provinzen Oestreich vom innern Verfall retten; die Antwort, die ihr von der Metropole an der Donau zurückkommt, wird, so lange dort die ultramontane Partei herrscht, genau der letzten Preßverordnung gleichen.

Alles, was uns seit dem italienischen Kriege an Reformen zu theil ward, besteht in halben Maßregeln, wie das Protestantengesetz für Ungarn und seiner Nebenländer, und nur in solchen, die ganz andere Absichten diktierten als die Freiheit. Man hebt die Rekrutenstellung für 1860 auf, ordnet eine Controлле für die Staatsschulden, gibt die Gewerbe frei, aber ja nicht das Wort. Der Grenzboten I. 1860. 22

Geldmarkt und der Handel fordern diese Zugeständnisse für ein neues Ansehen, und man gewährt sie, um zu zeigen, daß man auch ohne die Zustimmung oder Bürgschaft des Volkes zum Ziele kömmt. Was wir von den Gemeinde- und Landesstatuten erwarten dürfen, sagt uns die Auswahl der Vertrauensmänner zu den Entwürfen; einer wahren Volksvertretung stehen wir so fern, wie nur je. Zur Parität aller christlichen Culte fehlt nicht nur eine für alle Kronländer gültige Anordnung, sondern zumeist und vor allem die Aufhebung des Gesetzes über gemischte Ehen und katholische Kindererziehung; es ist, als ob man diesfalls vorerst in Rom angefragt hätte. Wir achten es nicht hoch, wenn man den Städten und Landgemeinden ein ergögliches Spiel mit den Angelegenheiten ihres Weichbildes gönnt, dafür aber dem Clerus und Adel das große Wort auf den Landtagen vorbehält. Sind doch diese selbst nur ein Mittel, um die Stimmen der Reaction zur Geltung zu bringen und der Berathung großer, das Gemeinwohl entscheidender Fragen auszuweichen. Volksvertretung ist der ultramontanen Hofsparthei ein Gräuel, ihre Herrschaft steht und fällt mit Knechtung des Geistes; mit der Freiheit des Wortes schlägt ihre letzte Stunde. Darum wählte man auch zur Berathung der Landesstatute die reactionärsten Leute, wir haben in Tirol ein sprechendes Beispiel davon.

An die Spitze der Vertrauensmänner für den Entwurf unsres Landesstatutes wurde der ehemalige Gouverneur Clemens Graf von Brandis gestellt. Das Ministerium sprach im Jahre 1848 dessen Entsetzung von seinem Posten aus, weil er ohngeachtet der höheren Anordnung über die Aufhebung der Jesuiten und Redemptoristen die Ordenshäuser derselben in Innsbruck ruhig fortbestehen ließ. In der vormärzlichen Zeit trieb er seinen Jesuitismus bis ins Wunderliche, ließ sich öffentlich in der Pfarrkirche zu Innsbruck in die von einem Jesuiten geleitete marianische Congregation aufnehmen, wobei er eine brennende Kerze haltend mit einem Mäntelchen bekleidet wurde, veröffentlichte ein lateinisches Gebetbuch mit dem Bilde des h. Alois, verfaßte Stoßgebetelein für Heiligenbilder, unter anderen auch eines für die h. Leinwand Christi, wozu er, weil der Censor den Druck verbot, selbst die Druckerlaubnis ertheilte. Seine Wirksamkeit im ständischen Saale besprachen diese Blätter jüngst in dem Aufsatz über den tiroler Landtag. Ein anderer der fünf Vertrauensmänner war der Bischof Gasser von Brixen. Der rührige Clerus des Landes hatte im Jahre 1848 bloß aus Deutschtirol nicht weniger als vier geistliche Herren und darunter auch Gasser in das Parlament nach Frankfurt gesandt; ja es schien, als hätten die Deutschtiroler jene Versammlung nur deshalb beschickt, um ihre „Glaubenseinheit“ zu wahren; denn nur dann, wenn es sich darum handelte, jeden protestantischen Gewerbsmann, An siedler oder wohl gar den öffentlichen Cultus einer anderen Konfession als der katho-

lischen streng zu halten, überwandten sie die Scheu vor dem Sprechen. Bei der Frage über das Recht jedes Deutschen zur unbeschränkten öffentlichen Uebung seiner Religion hielt Herr Gasser aus Brixen seine Jungferrede, worin er die Vertreter des deutschen Volkes beschwor, bei der Einführung dieses Gesetzes doch ja auf die eigenthümlichen Verhältnisse Tirols Rücksicht zu nehmen, dies eine Bedingung seiner Kampfbereitschaft für die deutsche Sache, „den deutschen Sinn seiner Bewohner.“ Allererst also wären wir Jesuiten, dann Deutsche! Auf dem bevorstehenden Landtage soll die Besitzfähigkeit und Cultusfreiheit der Protestanten zur Sprache kommen; bei dieser und ähnlichen Fragen muß man wol sagen; daß der Clerus stark vertreten sei. Nur einer der fünf zur Wiederherstellung eines Postulantenlandtags ausgewählten Männer, Herr Wohlwend, ein Voralberger, erhob sich gegen solche Scheinvertretung des Landes; trotz seiner Einsprache ward das Princip der alten Ständeordnung schon in der ersten Sitzung festgestellt. Dem Grundsatz treu, bei allem in das ehrwürdige Zeitalter der Väter zurückzugreifen, wollte Graf von Brandis in seinem Entwurfe des Statuts das Recht der Wahl von Abgeordneten sogar den Rentiers der Deutschordensballei an der Etsch, dem Damenstifte in Imisbruck und einigen verrotteten Flecken gewahrt wissen, nur die Zahl der Vertreter im Rath der Alten selbst ermäßigte er bei jedem Stande (Clerus, Adel, Städte, Bauern) von 13 auf 8. Der Wissenschaft gönnte der gelehrte Herr auch nicht eine Stimme, die Intelligenz des Adels bedingte er durch ein jährliches Einkommen von 8000 Fl.; die Industrie dachte er dadurch zu heben, daß er auch für die Vertretung von Gevatter Schneider und Schuster durch die Einziehung der kleinsten Städtchen und Märkte unter die 8 Stimmen des Bürgerstandes sorgte, der Bauer bildete ohnehin stets den Schweif des Clerus. Doch was hätte wol auch Intelligenz oder politische Einsicht bei den Verathungen der künftigen Vertrauensmänner von Tirol zu schaffen? Nach den weisen Rathschlägen des Grafen sollen sie nur drei Dinge besprechen dürfen: Petitionen, die Verwaltung des ständischen Vermögens (also wol nur die Verwendung des Approvisionierungsfonds und die Zinszahlung der Schulden) und die Vergebung der ständischen Stiftplätze. Eine solche Vertretung des Landes schien sogar den drei ebenbürtigen Collegen des Grafen Brandis zu beschränkt. Herr Wohlwend hatte nämlich gleich Anfangs erklärt, daß er sich nur als Gast betrachte, wenn er Voralberg vertreten sollte, und wirkte dann für die wahren Interessen Tirols, so weit es thunlich war. Graf Wolfenstein, der Präsident unsres Landtags vom Jahre 1848, wollte den Clerus, Freiherr v. Klebelsborg den Adel stärker vertreten haben; um die Zahl der Stimmführer des Letztern zu vermehren, stellte er ihn als „Brücke“ zwischen den Städten und Bauern dar. Man einigte sich endlich auf 14 Stimmen aus jedem Stande und glaubte selbst den Verathungen einen weitem Wirkungskreis anweisen zu dürfen. Der

Entwurf soll nun noch jenem verstärkten ständischen Ausschuss zur Prüfung vorgelegt worden, der schon im letzten Sommer Proben seiner Befähigung gab. Was können wir von ihm erwarten, da eben er es war, der um die Wiedereinsetzung der alten Stände bat?

Es lohnte sich wol kaum der Mühe, von allem dem zu reden, wenn man diesen Rathschlägen nicht den Schein gäbe, als gingen sie vom Volke aus, wenn sie nicht auf das Ziel wiesen, wohin man steuert, wenn diese Commissionen in jedem Kronland nicht die Vorläufer ebenso vieler Sonderstatute, die Träger jener reaktionären Elemente wären, welche die Stützen und Pfeiler des Systems sind, wenn alle die Maßnahmen nicht eben das gerade Gegentheil von dem bewirkten, was Oestreich noth thut, Einheit, Stärke und Macht. Das Salz ist bei uns dumm geworden, die Vaterlandsliebe lau, das Vertrauen schwach. Geschenke, die das Volk nicht wünscht, werden jene nicht ansachen, dieses nicht beleben. Es ist kein Bund zu schließen mit den Römlingen und ihren Genossen; sind sie nicht allein Herren im Lande, so drohen sie, ihren Willen „in blutigen Thaten“ auszusprechen *); als Feinde kann man sie im Zaume halten, als Freunde nehmen sie sich das Scepter. In Amerika schwärmen sie für die Freiheit, in Europa für die Knechtschaft, immerhin behält aber ihr Rath nur ihre Herrschaft und nie das Wohl des Volkes im Auge. Für Oestreich gibt es nur ein Mittel, um glücklich im Innern und deshalb stark nach außen zu werden, ein Geschenk, um seine Wiedergeburt zu bewirken, und das will ganz, nicht halb gewährt, muthig gespendet, nicht Deut um Deut abgerungen sein — die Freiheit.

Katholicismus und Ultramontanismus.

La Papauté et l'Empire, par F. Laurent, Professeur à l'Université de Gand. Bruxelles, Schneé. —

Dieses geistvolle Werk, das den 6. Bd. der Histoire du droit des gens et des relations internationales bildet, gibt uns willkommene Gelegenheit,

*) „Die katholischen Blätter aus Tirol“ warfen jüngst die Frage auf: „Ob die Regierung die Anfassigmachung der Protestanten in Tirol wünschen kann,“ und erinnerten an die Erhebung gegen das bairische Regiment, einen Kampf „auf Leben und Tod,“ als dieses ihren Glauben, ihre Religion, ihre Priester und Kirchen, ihre religiösen Uebungen angriff. Nur mit Gewalt werde man den Tiroler zum Gehorsam zwingen können, wenn die Protestanten zum Besitze in Tirol zugelassen werden.